



Hamburgs PERLE wird poliert

Bei PERLE – dem „Projekt ERneuerung der LEitstellen für Feuerwehr und Polizei“ – ist der Part der Polizei seit einer gefühlten Ewigkeit in der Planungsphase gefangen. Während die Feuerwehr frühzeitig mit einem Neubau geplant hat, wurde für die Polizeieinsatzzentrale (PEZ) lange und hartnäckig an dem Vorhaben festgehalten, diese innerhalb des bestehenden Gebäudekomplexes des Polizeipräsidioms zu realisieren. Wie wir bereits im April an dieser Stelle anmerkten, wäre das mit erheblichen Einschränkungen des laufenden Betriebes des gesamten Polizeipräsidioms verbunden. Auch die ausführende Sprinkenhof GmbH wurde nicht müde zu betonen, dass ein Bau im Bestand mit erheblichen Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten verbunden wäre.

> Zumindest hier hat es nun ein Einsehen bei den Verantwortlichen gegeben.

Nachdem man zwischenzeitlich mit dem eher halbgaren Gedanken spielte, die Kantine auszulagern und neu zu bauen, um die hierdurch frei werden-

den Räumlichkeiten im Präsidium für die PEZ zu nutzen, verwarf man dies schnell wieder – und ist nun endlich bei einem Neubau der Polizeieinsatzzentrale angelangt. Wahrhaftig ein langer Weg. Nun ist man aber auch hierbei offenbar noch nicht Willens oder in der Lage, konsequent und umfassend zu planen – denn die organisatorisch wie praktisch zur PEZ gehörenden Dienststellenbereiche, wie der Lagedienst oder der Kriminaldauerdienst, sollen bei der Raumplanung zurzeit noch nicht mitbedacht werden. Sie verbleiben (noch?) in ihren angestammten Räumen im Präsidium.

> Mal sehen, ob oder eher wann auch hier ein Umdenken stattfindet.

Aber es gibt ja auch Licht: Zumindest die avisierten Baumaßnahmen im Präsidium, die zahlreiche Kolleginnen und Kollegen mit Lärm und Schmutz im täglichen Betrieb belastet hätten, werden jetzt vermieden – auch wenn man zu recht feststellen darf: „Warum nicht gleich so?“ Die bereits in die Wege geleiteten Aus- und Umzüge von vielen Dienststellen wie der Poststelle, PERS 20 und anderen mehr sollen jedoch nicht rückgängig gemacht werden. Ein „Rückumzug“ wird ausgeschlossen. „War eh schon lange geplant“, hört man hierzu gern. Und wo doch nun schon geräumt wurde, kann man dort ja Schulungs- und Interimsbedarfe für Polizei und Feuerwehr unterbringen.

Was den Fokus auf den Neubau und die damit einhergehenden Einschränkungen für den Betrieb der gesamten Liegenschaft in Alsterdorf lenkt. Denn der Neubau soll – nach jetzigem Planungsstand – auf

dem Gelände zwischen Landesbereitschaftspolizei, LBV und Wohnunterkunft errichtet werden. Sollten tatsächlich keine weiteren Stolpersteine wie Kampfmittelfunde oder „Bedenkenträger“ des Denkmalschutzes auftauchen, so werden die auf dem Areal befindlichen Carports und damit die dort abgestellten zahlreichen Gruppenfahrzeuge ab dem Jahr 2021 der Baustelle weichen – welche sehr optimistisch geplant wohl frühestens Mitte des Jahres 2024 fertiggestellt sein wird. Hier wird es dann wieder brenzlich – denn nicht nur diese Fahrzeuge werden neue Stellplätze benötigen, auch die vielen Parkmöglichkeiten hinter dem Block der Sicherungswache zur Hindenburgstraße werden dem geplanten Umzug der Poststelle zum Opfer fallen. Dazu noch der Bedarf für Container während der Umbaumaßnahmen im Bereich der Akademie und die sowieso schon immer weiter ausufernden „kurzfristigen“ Belegungen der Parkmöglichkeiten auf der Multifunktionsfläche durch die Verwaltung/Technik (VT). Dann sind wir ganz schnell in einer Parksituation, die die während des G20-Gipfels noch weit überbieten wird – und das über viele Jahre.

> Der Unmut der Anwohner über im Umfeld abgestellte Fahrzeuge der Polizeimitarbeiter ist uns hier schon mal sicher.

Es mag ja den einen oder anderen beruhigen, wenn die verantwortlichen Dienststellenleiter sicherlich weiter unbekümmert ihren fest zugewiesenen



Parkplatz anfahren können. Den „normalen“ Mitarbeiter aber wird es vor erhebliche Probleme bei der Parkplatzsuche stellen! **Wir fordern deshalb nochmals nachdrücklich ein belastbares und mitarbeiterorientiertes Parkraumkonzept!** Wurden wirklich alle Möglichkeiten, wie Ständerbauweise oder kostenlose – oder zur Not kostenpflichtige – Parkmöglichkeiten im Umfeld oder auf der Liegenschaft in Betracht gezogen? Wird bei Planungen der VT wirklich immer mitarbeiterfreundlich geprüft, ob die Sperrungen von Parkraum bei jeder sich bietenden Gelegenheit tatsächlich notwendig sind – und nicht bloß für die Planung bequem? **Was nicht passieren darf ist, dass sorglos und ohne Rücksicht Parkraum vernichtet wird! Nicht jeder ist bei einem zum Teil Rund-um-die-Uhr-Betrieb und den oftmals langen Anfahrtswegen in der Lage, mit dem zurzeit politisch opportunen Fahrrad oder dem vielerorts sehr dürrtig gestrickten ÖPNV mit vertretbarem Aufwand zum und vom Dienst zu kommen! Auch diese betroffenen Kollegen wird die DPoIG Hamburg nicht im Stich lassen! Wir werden weiterhin auch unangenehme Fragen stellen und ein angemessenes Parkraummanagement einfördern!**

Der Landesvorstand

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr
Fotos: Frank Riebow, DPoIG
Hamburg, Fotolia, Pixabay
ISSN 0723-2230



POLIZEI



© DPoIG Hamburg

DPoIG-Vertrauensleute-Seminar

LPD Hartmut Dudde und LPD Torsten Bödeker zu Gast bei der **DPoIG**

Vor wenigen Wochen veranstaltete die **DPoIG Hamburg** ein Tagesseminar für unsere Vertrauensleute in den Räumen der Landesgeschäftsstelle im Holzdamm. Im voll besetzten Sitzungssaal konnten sich die Vertrauensleute aus den unterschiedlichsten Organisationsbereichen der Polizei Hamburg, unter anderem der Landesbereitschaftspolizei, aus den Polizeikommissariaten, dem Landeskriminalamt, aus der Verkehrsdirektion, Verwaltung und Technik und der Pres-

sestelle zu aktuellen Themen austauschen und den Referenten, dem Personalchef der Polizei, LPD Torsten Bödeker und dem Leiter der Schutzpolizei, LPD Hartmut Dudde, Fragen stellen. Insbesondere bei den Diskussionsrunden mangelte es erwartungsgemäß zu keiner Zeit an Themen! Die Kolleginnen und Kollegen nutzen das Tagesseminar, um Informationen aus erster Hand und detaillierte Antworten auf ihre Fragen zu erhalten. So konnten unter anderem die aktuelle Si-

tuation zu den Beförderungsauswahlverfahren, die Ergebnisse von ProBeSt und die Stellenbewertung aber auch die Mehrzweckwesten oder die Kennzeichnungspflicht thematisiert werden. Aber auch Probleme und Vorschläge, die die Kolleginnen und Kollegen und Verantwortlichen sonst oft nur über Umwege oder gefiltert erreichen, konnten hier direkt angebracht werden. Die allorts angespannte Personalsituation ist zwar sicherlich überall bekannt – aber zum Teil eindrucksvoll von den Kollegen geschilderte Missstände dürften ihre Wirkung sicherlich nicht verfehlt haben. Weitere

Seminare mit unterschiedlichen Zielgruppen sind bereits in Planung und zum Teil veröffentlicht – in der Geschäftsstelle der **DPoIG Hamburg** kann man sich hierfür gerne anmelden. Bei dieser Gelegenheit sei auch noch einmal an die Möglichkeit erinnert, an den monatlich stattfindenden Sitzungen des Fachbereichs Schutzpolizei (auch K- und WSP-Kollegen sind natürlich herzlich willkommen) teilzunehmen und hier nicht nur sich selbst einzubringen, sondern auch die Themenfelder der eigenen Dienststelle miteinander zu diskutieren.

Fachbereich Schutzpolizei

Belastung durch AAH an der Grenze

DPoIG im Gespräch mit Polizeipräsident Meyer

Fußball, Demos, Großveranstaltungen. Gründe gibt es offenbar genug und keiner scheint zu gering, um nicht noch mal die AAH aufzurufen! Wie die **DPoIG Hamburg** während und nach dem G20-Gipfel bereits mehrfach angemahnt hat, ist die AAH keine beliebige Verfügungsmasse zum Auffangen der Personalnot in der Landesbereitschaftspolizei – oder damit die Kosten für Fremdkräfte oder externe Dienstleister eingespart werden können! Jetzt scheint es aber wieder soweit zu sein – kaum eine Woche, in der nicht zumindest die Vorplanungen für einen AAH-Aufruf laufen! Eigentlich ist dazu alles schon – mehrfach – gesagt, aber offenbar nicht überall gehört worden. Lassen

wir hier deshalb noch einmal das Personalamt zu Wort kommen (Auszug aus den Ausführungen zur Ausnahmegenehmigung für den Alarmdienst I vom 26. Mai 2017): „Die Dienstplanung muss daher gewährleisten, dass auch in hohen Belastungszeiten die Einhaltung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit und der Ausgleich im vorgesehenen Bezugszeitraum sichergestellt ist, und die Dienststelle muss flankierend Maßnahmen zur schnellstmöglichen Reduzierung der Belastung ergreifen, beispielsweise durch Personalverstärkung von anderen Dienstherrn, Beauftragung externer Dienstleister sowie interne Aufgabenkritik.“ Die Belastung der Kollegen – sowohl derer, die direkt in der



© Frank Kriebow

AAH eingebunden sind, als auch derer, die aus anderen Bereichen in den dann brachliegenden Grundlasten aushelfen oder liegen gebliebene Arbeit zusätzlich erledigen müssen – ist wieder zum Bersten angespannt! Aus diesem Grund suchte der Fachbereichsvorstand Schutzpolizei das Gespräch mit Polizeipräsident Ralf Martin Meyer und verdeutlichte hierbei nochmals eindringlich die angespannte Situation an den örtlichen Dienststellen. Der Po-

lizeipräsident stimmte der Einschätzung grundsätzlich zu und nahm das Gespräch zum Anlass, die Aufrufe auch weiterhin kritisch zu hinterfragen. Mögliche Maßnahmen zur Reduzierung und zum Ausgleich der Belastung würden mit Augenmaß betrachtet werden. Die **DPoIG Hamburg** wird die Situation selbstverständlich weiter konstruktiv kritisch begleiten und weiter den Finger in die Wunde legen!

Fachbereich Schutzpolizei



DPolG weist Polizeigewalt-Vorwürfe bei „Fridays for Future“-Demo auf das Schärfste zurück!

Rund 70.000 Menschen haben am 20. September friedlich für den Klimaschutz und die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens in der Hamburger Innenstadt demonstriert. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben diese Demonstrationen – wie bereits viele andere zuvor – professionell bewältigt. Allerdings begannen Personengruppen vor dem offiziellen Versammlungsende, Straßen und Kreuzungen zu blockieren. Die Polizei hat diese rechtswidrigen Straßenblockaden, dann unter anderem auch durch den Einsatz unmittelbaren Zwangs, beendet. Die Anwendung einfacher körperlicher Gewalt erfolgte jedoch immer erst dann, wenn sich die Blockierer unkooperativ verhielten und den Anweisungen der Polizei nicht Folge leisteten. Durch das sogenannte Aktionsbündnis Sitzenbleiben!, zu dem auch die vom Verfassungsschutz beobachtete linksextreme Interventionistische Linke gehört, wurden dann Videosequenzen mit der Aussage „Richtig üble Schmerzgriffe!“

über die sozialen Medien verbreitet, die die Vorwürfe rechtswidriger Polizeigewalt durch unsere Kolleginnen und Kollegen „beweisen“ sollten. Dazu Landesvorsitzender Joachim Lenders: „Die Vorwürfe rechtswidriger Polizeigewalt als Ergebnis von hemmungslos agierenden Polizeibeamtinnen und -beamten laufen nach dem immer gleichen Muster ab. Linksradikele und linksextremistische Gruppierungen, wie Ende Gelände und die Interventionistische Linke, begnügen sich nicht mit friedlichem Protest. Sie wollen das ‚System‘, auch durch die Ausübung von Gewalt gegen Menschen und Sachen, überwinden. Das Diskreditieren und Verleumden von Polizeibeamten sind dafür in ihren Augen probate Mittel. Meine Kolleginnen und Kollegen sind Träger des staatlichen Gewaltmonopols, und mit dieser besonderen Verantwortung gehen sie rechtskonform, verhältnismäßig und besonnen um, wie sie es auch bei dieser Großdemonstration erneut unter Beweis



> Joachim Lenders

gestellt haben. Wenn interessensgeleitete Gruppierungen, für die das Grundgesetz und das Versammlungsrecht noch nicht einmal empfehlenden Charakter haben, unhaltbare und diffamierende Vorwürfe gegen die Polizei erheben, dann ist das ein durchsichtiges Manöver. Es soll lediglich dazu dienen, friedliche Protestformen zu radikalieren und das gesellschaftliche Klima zu vergiften. Ich weise die Polizei-

gewaltvorwürfe im Zusammenhang mit der ‚Fridays for Future‘-Demonstration gegen meine Kollegen auf das Schärfste zurück! Diese abenteuerten und diffamierenden Vorwürfe sind haltlos und verfolgen offensichtlich wieder nur ein Ziel: jede Art eines friedlichen und engagierten Protests zu radikalieren und für die eigenen Zwecke zu missbrauchen.“

Der Landesvorstand

Dienstliche Beurteilung: Begründungspflicht bei wesentlicher Verschlechterung

Ein Beamter des höheren Dienstes in einem Landesministerium hat Anspruch auf Erstellung einer neuen Beurteilung, wenn die Streitgegenständliche dienstliche Beurteilung eine wesentliche Verschlechterung zur Vorbeurteilung darstellt, ohne dass dies nachvollziehbar begründet worden wäre. Das hat das Verwaltungsgericht Stuttgart (Az.: 2 K 5127/16 vom 21. Dezember 2018) festgestellt. Der Beamte, der in der vorausgehenden Beurteilung nach damaliger Beurteilungslinie zur Spitzengruppe gehörte – „übertrifft die Leis-

tungserwartungen“ – und nunmehr in der Streitigen Beurteilung mit „entspricht den Leistungserwartungen“ beurteilt wird, müsse dies aufgrund der Schlüssigkeit der dienstlichen Beurteilung nachvollziehen können. **Wichtig: Die verwaltungsgerichtliche Nachprüfbarkeit dienstlicher Beurteilungen beschränkt sich laut Verwaltungsgericht darauf, ob der Dienstherr den rechtlichen Rahmen und die anzuwendenden Begriffe zutreffend gewürdigt, die richtigen Sachverhaltsannahmen zugrunde gelegt und den all-**

gemeingültigen Wertungsmaßstab beachtet und sachfremde Erwägungen unterlassen hat. Zwar könne der Dienstherr ein neues Beurteilungssystem einführen, doch habe er hierbei die gleichmäßige Anwendung des jeweils anzuwendenden Maßstabes zu beachten. Verändert sich das Gesamtergebn in erheblichem Ausmaß nach unten, muss dies gesondert begründet werden. Diese Begründungspflicht ergebe sich aus dem Leistungsgrundsatz des Art. 33 Abs. 2 GG und dem durch Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG garantierten effektiven



© P. M. Hill / Fotolia

Rechtsschutz. Begründungsmängel in Beurteilungen können nicht im Abänderungsverfahren beziehungsweise im Widerspruchsverfahren durch eingeholte schriftliche Stellungnahmen des Vorbeurteilers geheilt werden. Sie müssen sich als Teil der dienstlichen Beurteilung aus dieser selbst ergeben.



Meine Bilanz: Nicht mehr „meine Polizei“? Natürlich, aber ...!

Von Klaus Vöge,
stellvertretender Landesvorsitzender

Es war Mitte bis Ende der 1980er-Jahre, als mich Volker „Litze“ Steinbruch – einige werden ihn noch kennen – in die aktive Gewerkschaftsarbeit brachte. Die unkomplizierte Teilnahme als Neumitglied an Gewerkschaftssitzungen, wie heute noch immer in allen Fachbereichen üblich, und die inhaltliche Substanz überzeugten mich von der Sinnhaftigkeit gewerkschaftlicher Arbeit. Der dienstliche Alltag war von positiver Kameradschaft zwischen den Kolleginnen und Kollegen geprägt. Untereinander wertschätzte man den Menschen. Neid war ein Fremdwort, man konnte seine persönliche gute Leistung mit vorzeitigen Beförderungen krönen. Leider gab es aber im Laufe der Zeit Kolleginnen und Kollegen, besonders die letzten zehn Jahre sind mir hier in schlechter Erinnerung, die von sich glaubten, besser als andere beziehungsweise gleicher als andere zu sein. Die sich in der Folge anschließenden zahlreichen Klagen und deren Ergebnisse brachten Veränderungen im kollegialen Verhalten untereinander zutage. Neid, Missgunst und bis zum traurigen Höhepunkt vor Kurzem sogar in Systemklagen endende Verwaltungsgerichtsverfahren haben die Stimmung im Hause Polizei vergiftet! Dieses von Ellbogenmentalität und Egoismen geprägte Verhalten gehört nicht in „meine Polizei“.

> **Natürlich überwiegt das Positive meiner Dienstzeit, aber negative Entwicklungen müssen angesprochen und thematisiert werden, nur so sind Veränderungen**

möglich – innerhalb der Organisation Polizei und bei den Kolleginnen und Kollegen.

Die Zeit in der Bereitschaftspolizei (FD 93) war spannend und erlebnisreich. Ob Frankfurt/Main oder Brokdorf, Hafenstraße oder Hausbesetzungen, bei denen man ehemalige Mitschüler aus dem Gymnasium wiedertraf, hatten, wie man heute sagt, Eventcharakter mit Übernachtungsmöglichkeiten in Turnhallen. Meine Wilhelmsburger Zeit am PR 70/PK 44 in der A-Schicht war rückblickend die schönste Zeit, eine homogene Schicht und ständig wechselnde interessante Einsätze auf Europas größter bewohnter Flussinsel inklusive der Straßenverkehrszuständigkeit im Freihafen zwischen Köhlbrand- und Freihafenelebrücke machten den Beruf zum Erlebnis. Anschließend wechselte ich freiwillig in die Polizeieinsatzzentrale (PEZ) ans Berliner Tor, wiederum in die A-Schicht. Aus der „Holzbude“ mit Laufband zogen wir mit neuer computergestützter Technik (HELP) ins Souterrain. 1999 erteilte mich der Ruf als Ersatzmitglied des damaligen Personalrates der Schutzpolizei in die Freistellung des Personalrates. Jetzt galt es nicht mehr dem Bürger zu helfen, sondern den Kolleginnen und Kollegen bei ihren Problemen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Eine vollkommen andere auch sehr vielseitige Tätigkeit, wie sich im Lauf der Jahre herausstellte. Anfangs betreute ich den Bereich Bille/Bergedorf (PK 41/PK 42/PK 43), die PEZ, die Verkehrsleitzentra-

le sowie die Diensthundestafel und nahm mich Fragen der Dienstbekleidung an. Später kam dann der gesamte Hamburger Süden mit den PK 44/PK 45/PK 46/PK 47, der Verkehrsdirektion 4 und der Einsatzzug Süd hinzu. Nach einigen Reformen durfte ich auch noch das PK 11 betreuen. Eine interessante, abwechslungsreiche, aber gelegentlich auch anstrengende Zeit. Ich habe viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, Dienstvorgesetzten, Dienststellenleitern und der Polizeiführung geführt, manchmal auch führen müssen. Mein Ziel war es dabei immer, in einem konstruktiven Dialog mit allen Beteiligten sachorientiert Probleme zu lösen oder deren Auswirkungen zu minimieren. Dass dies nicht immer zu aller Zufriedenheit gelingt, liegt in der Natur der Sache. Die dramatischsten Ereignisse während meiner Zeit als Personalrat waren die Todesfälle von im Dienst verunglückten und verstorbenen Kollegen. Die Momente, in denen ich in die Gesichter von Kolleginnen und Kollegen schaute, die miterleben mussten, dass kurz zuvor ein Kollege im Dienst sein Leben ließ, werde ich nicht vergessen. Dass von einem auf den nächsten Moment plötzlich ein Kollege der Polizeifamilie fehlt, mussten auch wir im Personalrat im Januar des Jahres 2008 selbst schmerzlich erleben, als unser Kollege Dirk Wennmann für uns alle unerwartet verstarb. Für mich war der Tod von Dirk das einschneidendste und tragischste Erlebnis in meinen 41 Dienstjahren! Aber auch äußere Einflüsse – wie Ge-



> Klaus Vöge

richtsurteile – ließen mich in der Vergangenheit zweifeln und manchmal ratlos zurück. Beispielhaft möchte ich nur die Übergriffe eines gewalttätigen Mobs im Jahr 2010 im Bereich des PK 47 nennen. Ein Kollege wurde so schwer durch Fußtritte am Kopf verletzt, dass er sechs Jahre später aufgrund der Folgen der Gewalteinwirkung dienstunfähig und deshalb vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde. Nach 35 Verhandlungstagen wurden zwei Beschuldigte freigesprochen, obwohl Kollegen die Täter ohne Zweifel benennen konnten! Für mich kann ich abschließend feststellen: Ich würde diesen, unseren Beruf wieder wählen. Es wird auch in Zukunft wieder einen Wandel geben, das gehört dazu und ist auch völlig in Ordnung. Ich hoffe jedoch für alle Polizeibeschäftigten, dass die Politik endlich ihre Verantwortung für die Polizei wahrnimmt und Rahmenbedingungen schafft, die unsere Kolleginnen und Kollegen verdienen und eine moderne Großstadtpolizei ausmachen. Insbesondere an die dienstjüngeren Kolleginnen und Kollegen appelliere ich, steht nicht abseits, bringt euch ein – die **Deutsche Polizeigewerkschaft** ist genau dafür der richtige Heimathafen! **Tschüss, ich bin dann mal weg ...**



© Frank Riebow (6)



DPoIG: „Herzlich willkommen bei der Hamburger Polizei!“

„Meet and Greet – Deine Polizei, Deine Gewerkschaft“ – unter diesem Motto hat die JUNGE POLIZEI der **DPoIG Hamburg** Anfang August alle neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen zu einem ersten Kennenlernen eingeladen.

Neben belegten Brötchen und Softdrinks standen natürlich Gespräche zu ganz unterschiedlichen Themen im Vordergrund. Denn für unsere neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen ist alles neu und nichts selbstverständlich. Wie

verläuft die Ausbildung? Wann gehts ins Praktikum? Welche Bücher brauche ich wirklich? Wie versichere ich mich richtig? Was genau macht die **Deutsche Polizeigewerkschaft**? Wann und wozu brauche ich

Rechtsschutz und vieles mehr. Die JUNGE POLIZEI und unsere Kooperationspartner BBBank, Debeka, dbb vorsorgewerk, DBV, HUK und Wüstenrot hatten diverse Infotische aufgebaut, die sowohl die unterschiedlichen Facetten der Gewerkschaftsarbeit präsentieren, Polizei zu Anfassen boten als auch Versicherungsfragen beantworteten.

180 Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärter (SCH/WSP) starteten am 1. August ihre Ausbildung an der Akademie der Polizei. Für die JUNGE POLIZEI bedanken sich Christine Höxtermann, Liv Grolik, Juli Meyer, Stefan Bereuter und Timo Ehm beim Landesvorstand, allen Fachbereichen der **DPoIG Hamburg** und unseren großartigen Kooperationspartnern für die tolle Unterstützung unseres „Meet and Greet“ und unabhängigen Versicherungstages!

JUNGE POLIZEI





Personalratswahl im Landesbetrieb Verkehr

Wahlerfolg für die gemeinsame Liste **DPoIG/komba**

Von Beate Petrou,
Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Auch in diesem Jahr hatte der Fachbereich Verwaltung der **DPoIG Hamburg** eine Personalratswahl zu bestehen. Nachdem die Personalratswahl des Jahres 2017 im Landesbetrieb Verkehr (LBV) durch das Verwaltungsgericht Hamburg für ungültig erklärt wurde, trat der Personalrat zurück und die Geschäftsleitung des LBV setzte einen Wahlvorstand ein. Rund 420 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und 64 Beamtinnen und Beamte sollten Anfang September 2019 ihren neuen Personalrat wählen. Am 6. September war es so weit, nach einem kurzen Wahlkampf im Landesbetrieb Verkehr wurden die Stimmen zur Personalratswahl öffentlich ausgezählt. Dabei konnte die **DPoIG Hamburg** ihr Wahlergebnis gegenüber 2017 mehr als verdoppeln! In der Gruppe der Beamten

konnte die **DPoIG** erstmals einen Sitz erringen, der zweite Sitz ging an Ver.di. Bei den Arbeitnehmern verpasste die **DPoIG** den dritten Sitz nur ganz knapp, es fehlten lediglich drei Stimmen – schade. So verteilen sich die Sitze dann auf zwei für die **DPoIG** und fünf Sitze für die GdP. Die **DPoIG Hamburg** hat ihre Kandidatenliste in Kooperation mit der komba Hamburg aufgestellt. Da wir als Fachbereich Verwaltung viele Berührungspunkte mit dem Parkraummanagement und der Verkehrsüberwachung haben, lag es auf der Hand, dass wir uns in diesen Kernbereichen besonders engagieren. So gibt es viele gemeinsame Themen, die unsere AiA und AiP der Polizei und die Kolleginnen und Kollegen aus diesen Arbeitsbereichen des LBV betreffen. Die **DPoIG Ham-**



> Gut gerüstet für die Personalratsarbeit: die **DPoIG**-Personalräte des LBV.

burg hat bereits ein gemeinsames gewerkschaftliches Seminar organisiert. Mittlerweile konnten wir auch Einblicke in die Arbeit und Probleme der Kollegen aus den Verwaltungsbereichen (Allgemeine Dienste, Zulassung, Führerschein, Transport und Genehmigungsmanagement) sowie aus dem Fahrzeugservice gewinnen. Hier gilt es, in der Zukunft die begonnene Kommunikation auszubauen und sich der Problemen und Fragen der Kolleginnen und Kollegen anzunehmen. Es ist nicht viel anders als bei unseren Kolleginnen und Kollegen der Polizei: Arbeitsbelastung, gerechte Bezahlung, Wertschätzung, Karrierechancen, Fortbildung, Arbeitszeitberechnung, Arbeitsplatzgestaltung. Das Wahlergebnis ist für unsere Personalratsmitglieder und

Vertrauensleute ein großer Ansporn, in den nächsten zweieinhalb Jahren weiterhin gute Arbeit zu leisten, ansprechbar zu sein und den Problemen konstruktiv zu begegnen. Merken sollten wir uns auf jeden Fall die Namen unserer gewählten Personalräte und Ersatzmitglieder: Serdar Erdem, Solveig Schubert und Marvin Lammel für die Beamten sowie Maik Gewarowski, Nicole Müller, Angela Lapinska, Tanja Steffen, Christiane Friedenberger, Christian Kuhnt, Ibrahim Arslan, Frank Lettow, Marcel Reimers und Erol Yüzbası für die Arbeitnehmer. Gemeinsam mit unseren gewählten Kandidaten im Landesbetrieb Verkehr werden sich der Fachbereich Verwaltung und die Arbeitsgruppe LBV auch in Zukunft mit großem Engagement einbringen, versprochen! ■



> Der FB Verwaltung war an allen LBV-Standorten präsent: Hier in Hamburg-Mitte ...



> ... und hier zu Gast in Hamburg-Bergedorf.

© DPoIG Hamburg(3)



© Ernst Deutsch Theater

Sozial- und Bildungswerk der *DPoIG Hamburg* im dbb

Holzdammer 18 • 20099 Hamburg • Telefon: 040.2540260 • Fax: 040.25402610



Weihnachtsmärchen 2019 *Hans im Glück*

im Ernst Deutsch Theater

Sonntag, 15. Dezember 2019, 13.30 Uhr

Preise: 6 Euro bis 10 Euro pro Person

(inklusive Garderobe/Weihnachtstüte/Weihnachtsmann)

Die Eintrittskarte gilt gleichzeitig als Fahrkarte im HVV-Bereich!

Kartenreservierung und Kartenverkauf

in der Geschäftsstelle der *DPoIG Hamburg*, Telefon: 040.2540260

Hans im Glück

nach den Brüdern Grimm

15.11. bis 23.12.2019



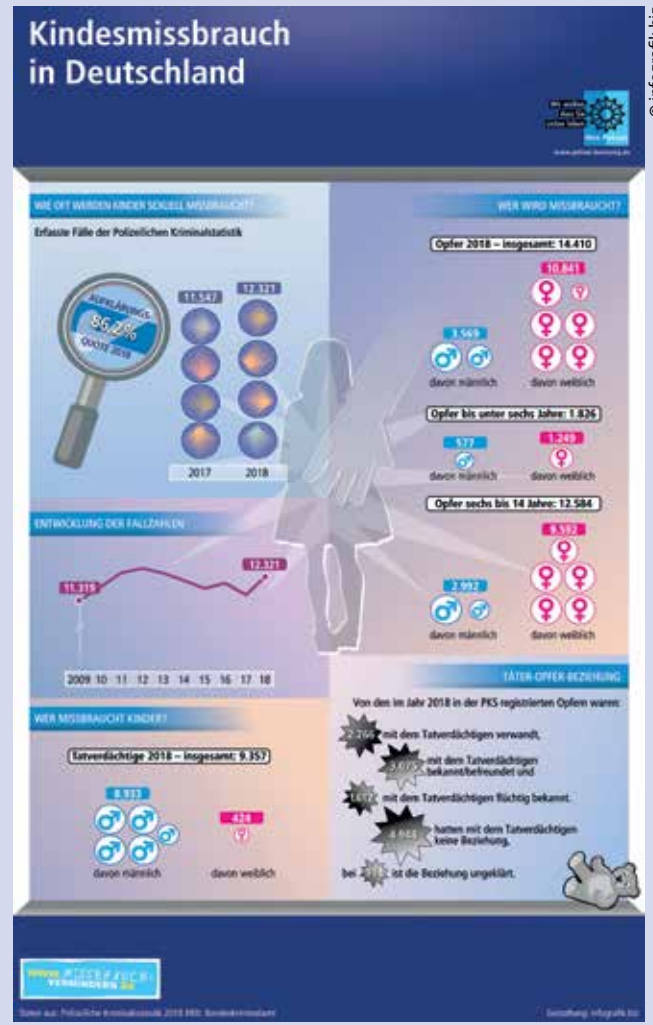
Künstliche Intelligenz im Einsatz gegen Kindesmissbrauch

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU): „Die Behörden schaffen es nicht, der riesigen Datenmengen Herr zu werden.“ Von rund 1.900 Verfahren, die im Juni dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen wegen Verdachts auf Kindesmissbrauch oder Videos mit sexueller Gewalt an Kindern anhängig sind, waren lediglich zwölf Prozent in der Auswertung. Allein 557 Durchsuchungsbeschlüsse warteten auf Vollstreckung. Nach Angaben der NRW-Stabsstelle gegen Kinderpornografie kann ein Sachbearbeiter im Durchschnitt 500 Bilder in einer Stunde anschauen. Bei dem Kriminalitätskomplex gehe es aber um die unvorstellbare Menge von drei Petabyte – also mehr als drei Millionen Gigabyte. Jetzt soll innovative Technik den Ermittlern bei der Aufklärung helfen. Eine bekannte und schon länger existierende Möglichkeit ist der Abgleich von Fotos, die ins Netz hochgeladen werden, mit bekannten Videos von sexueller Gewalt an Kindern. Auch das Bundeskriminalamt hat bereits mit dem Microsoft-Programm „PhotoDNA“ gearbeitet. Wenn ein bekanntes

Foto hochgeladen wird, erkennt das Programm den gespeicherten Zahlenwert und schlägt Alarm. Neues Material kann damit aber nicht erkannt werden, hier setzt die Forschung zur künstlichen Intelligenz an, genauer der Bereich „Machine learning“ – das Programm versucht, gelernte Muster auf neues Material anzuwenden.

In Zusammenarbeit mit Microsoft, Cybercrime-Experten der Justiz und Wissenschaftlern ist es gelungen, „künstliche Intelligenz“ auf das Erkennen von Videos mit sexueller Gewalt an Kindern zu trainieren. Damit betritt Nordrhein-Westfalen deutschlandweit technisches und juristisches Neuland.

„Die Anwendung von Techniken künstlicher Intelligenz auf Basis von Cloud Computing und neuronalen Netzen war bislang unmöglich“, so das NRW-Justizministerium. In dem interdisziplinären Projekt sei es nun aber gelungen, über eine IT-Infrastruktur einen Lösungsweg zu entwickeln.



DPoIG: Regenjacken an die VD 6 übergeben

Anfang September übergab DPoIG-Landesvize Klaus Vöge, zugleich Vorsitzender des Sozial- und Bildungswerks der DPoIG Hamburg, zusammen mit Thorsten Pagel, Beisitzer im Landeshauptvorstand,

70 Kinderregenjacken an den Leiter der Verkehrsdirektion, Ulf Schröder, und an den Leiter Verkehrserziehung und -prävention (VD 6), Gerhard Kirsch, für die Jugendverkehrsschule. Thorsten Pagel, Ver-

kehrslehrer am PK 44, hat in der Vergangenheit immer wieder festgestellt, dass viele Kinder, die im Rahmen der Verkehrserziehung Fahrradkurse absolvieren, oft nur unzureichend gegen Nässe geschützt sind. Da die DPoIG niemanden im Regen stehen lässt, hat das Sozial- und Bildungswerk unserer Gewerkschaft schnell reagiert und die Beschaffung kindgerechter Regenbekleidung finanziert. So konnten jetzt 70 Regenjacken in unterschiedlichen Konfektionsgrö-

ßen für die Jugendverkehrsschule beschafft und der Verkehrsdirektion übergeben werden.



> Ruhestand*

Folgender Kollege ist zum 31. Juli 2019 in den Ruhestand gegangen:

Schutzpolizei
PHK Jörg Müller VD 32

* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.